

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Lesen, Wissen, Kunst und Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringsen monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 272.

Dresden, Montag den 24. November 1913.

24. Jahrg.

Nächsten Mittwoch und Donnerstag sind die Stadtverordneten = Wahlen Arbeiter, Genossen! Sorgt für starke Wahlbeteiligung!
Gewählt wird von 10 bis 4 Uhr. Am Mittwoch wählt die 2. Altersklasse, am Donnerstag die 1. Altersklasse.

Am Dienstag findet vor dem Reichsmilitärgericht die Verhandlung im Prozeß der Erfurter Revolution statt.

Die Ziffer der Arbeitslosen in Groß-Berlin beträgt 100 000 geschätzt.

In der Fabern-Affäre verhafteten Refuten wurden freigelassen, der Feldwebel blieb in Haft.

Der Führer der Dittgrube Zoppot des Jung-Deutschlandbundes wurde wegen Sittlichkeitsvergehen, begangen an Jungdeutschlandblütern, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Wiederbeginn des Reichstages.

Die im Juli durch Vertagung abgebrochenen Reichstagsverhandlungen werden am Dienstag wieder aufgenommen. Die sich verammelnden Reichstagen finden den Hausklausur 1914/15 vor, dessen erste Beratung bereits in der ersten Tagungswoche erfolgt ist. Es ist ein Voranschlag des Reichstages, der sich von seinen Vorgängern nur dadurch unterscheidet, daß der Militäretat infolge der letzten großen Mißwirtschaften ganz ins kolossale Emporwacht, während die sozialen und kulturellen Aufgaben des Reiches nach wie vor kümmerlich eingeschränkt bleiben. Andererseits wird am Beginn der neuen Reichstagsperiode der sozialdemokratische Reichstag in der Arbeitslosenfrage erfolgen, der Versuch, die Anwendung von Mitteln des Reiches zur Milderung eines der schwersten Uebel dieses kapitalistischen Zeitalters durchzuführen. Das sind die Zeichen, unter denen die deutsche Volksgemeinschaft ihre Arbeit aufnehmen: dort die militärische und imperialistische Reaktion, deren Gewalt alle kapitalistischen Kräfte auf die Knie zwingt — hier der Sozialismus, der die materielle, geistige und kulturelle Entwicklung der arbeitenden Volksschichten als unerlässliche Aufgabe der Gegenwart fordert und fördert.

Der neue Tagungsabschnitt des Reichstages — der dritte seit den Wahlen vom 12. Januar 1912 — wird voraussichtlich ein ähnliches Bild sowohl der Parteiverhältnisse als auch der Leistungen zeigen wie die vorhergehenden. Es bleibt der Reichstag der Uebergangszeit, der Reichstag der unentschiedenen Schicksale, der Reichstag der Reformen in kleinen Dingen und des Stillstandes in den großen Dingen.

Durch die letzte allgemeine Volksabstimmung ist ein Reichstag geschaffen worden, der in einigen Beziehungen sicherlich günstiger für die werktätigen Klassen des Volkes ist als der vorige Reichstag mit seiner liberal-konservativen Vorherrschaft und seiner „Finanzreform“ von 1909. Konservative und Liberale sind ein Stück zurückgedrängt. Die Liberalen sind hinter geworden und die Sozialdemokratie mit ihrer großen Reaktion von jetzt 117 Mitgliedern bedeutet eine Macht und treibende Kraft, der sich alle anderen Parteien, so sehr sie sich wehren, zu entziehen nicht imstande sind. Liberale und Sozialdemokraten zusammen können eine Mehrheit bilden zur Abwehr konservativ-liberaler Uebermut und auch zur „positiven Arbeit“, zur Hinwegräumung wenigstens der allergeringsten agrarischen und bürokratischen Privilegienwirtschaft.

Es sind in der vorigen Reichstagsperiode — trotz des Ueberwachens der militärischen Ansprüche — immerhin einige Verbesserungen durchgeführt worden. Es sind Wahlurnen, die das Wahlgeheimnis schützen, endlich von der Regierung zugestanden worden. Es ist für Schöffen und Geschworene eine Entschädigung bewilligt worden. Es ist die Reform der schwebenden Militärjustiz wenigstens in einem wichtigen Kapitel erzwungen worden. Es ist vor allem verhängt worden, daß die Kosten der Speeresvermehrungen, wie in den früheren Fällen, auf die unbedeutenden Schichten gebürdet wurden, es ist zum erstenmal in der Geschichte des Reiches eine nicht unbeträchtliche Heranziehung der Wohlhabenden und der Reichlichen durchgeführt worden. Die Sozialdemokratie war es, die alle diese Verbesserungen herbeigeführt hat, indem sie auf die anderen Parteien und auf die Regierung drückte.

Die Sozialdemokratie war aber bei alledem auch keinen Augenblick im Zweifel über die geringfügigkeit des Erreichten im Verhältnis zu dem, was unbedingt erreicht werden müßte, wenn das deutsche Volk auch nur einigermaßen politisch und wirtschaftlich emporsteigen soll. Wir leben bei jeder Reform, die wir erzwingen, wie unendlich viel mehr Rückständiges

und Volkswindliches auf jedem Gebiete bleibt. Wenn wir durch einseitige Wahlurnen eine Verbesserung im Wahlverfahren erreichen, mahnt uns doch gerade solch kleiner Fortschritt an das ganze Elend der politischen Entscheidung, das auf dem deutschen Volke sowohl in den Einzelstaaten wie in den Gemeinden lastet, aber auch an die großen Mängel des Reichstagswahlrechts und noch weiter an die Machtlosigkeit aller deutschen Volksvertretungen, auch des Reichstages, gegenüber der absolutistischen Justiz- und Regierungsmacht. Wenn für Schöffen und Geschworene eine Entschädigung gegeben wird, so erinnert dies daran, wie die heutige Justiz, auch die Landesrechtspflege, fast ausschließlich von Angehörigen der besitzenden Klasse geübt wird, wie sie volksfremd ist und hart und unerbittlich nach unten, besonders gegen die kämpfende Arbeiterschaft, urteilt. Wenn die Aufrührerparagraphen des Militärstrafgesetzes eine Milderung erfahren, so bleibt die Barbarei dieses Strafgesetzes gegen die Töchter des Volkes im bunten Rock für hundert andere Fälle bestehen und es bleibt das gesamte volksfeindliche System des klassenstaatlichen Militarismus mit seinen Privilegien für die wohlhabende Oberschicht der Gesellschaft und seinen Opfern für die arbeitenden Massen. Wenn endlich Besitzgebern zur Einführung kommen, so setzen wir mit Widerwillen, daß die Willkür und mehr wiederum für das tolle und unfruchtbarere Betrüben verwendet, statt daß eine Kulturminister für soziale Wohlfahrtszwecke von Reiches wegen aufgebracht wird; und wir sehen auch, daß die ungeheure Steuerlast der Pöbel und Verbrauchsabgaben, daß selbst die gebührendsten Steuermaßnahmen der letzten Jahre, Lichtsteuer, Raffeesoll, Zigarettensteuer und ähnliches, nicht vermindert werden. So hat sich der Reichstag bisher unfähig erwiesen, dem Fortschritt und der Freiheit eine Gasse zu bahnen.

Darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß der Reichstag in dem neu beginnenden Arbeitsabschnitt Besseres leisten wird als bisher, oder daß er auch nur wie in den letzten Jahren einige Schritte vorwärts gelangen wird? Die Verantwortung dieser Frage hängt ab von den liberalen Fraktionen — und das sagt alles. Die Nationalliberalen haben bisher nicht den Mut gehabt, mit der fortschrittlichen Volkspartei und mit der Sozialdemokratie auch nur mildeste liberale und demokratische Forderungen zu vertreten. Die Nationalliberalen befinden sich in fortwährender innerer Krise, weil sie fürchten, die breiteren Wählerkreise, die sie durch liberale Versprechungen gelockt haben, vollends zu enttäuschen, und weil sie andererseits von den großkapitalistischen Elementen ihres Lagers zum Anschluß an die konservativ-reaktionäre Politik gedrängt werden. Gerade in den letzten parlamentarischen Monaten haben sich die Anzeichen reichlich gemehrt, daß die nationalliberale Drehscheibe wieder einmal gehörig nach rechts fährt. Bald wird sich zeigen müssen, ob die Nationalliberalen durch ihre Wirkung bei der Besitzsteuer genug geleistet zu haben glauben und ob sie jetzt bereit sind, mit den Rülmen und Heiligen gemeinsam in die geöffneten Arme des Herrn v. Bethmann-Vollweg zu sinken.

Bedeutungsvolle Auseinandersetzungen stehen im Reichstage bevor. Nicht nur alle die dorthin erwähnten politischen Fragen werden weiter zur Erörterung und Entscheidung stehen, sondern dazu noch viele andere: Vorbereitung der Handelsverträge, Probleme der Sozialpolitik, Arbeiterfrage, Arbeiterversicherungswesen, Koalitionsrecht. Es wird sich bald zeigen, ob die Sammelpolitik, die der Reichskanzler verfolgt, sich mehr und mehr befestigt, ob die Annäherung zwischen Heydebrand, Spahn und Wassermann sich vollendet.

Wie immer auch diese Parteistellungen sich entwickeln mögen, ob die Phalanx der Rechten zustande kommt oder nicht, die Sozialdemokratie wird unter allen Umständen ihr Bestes aufbieten, um, gestützt auf ihr Programm und ihre Prinzipien, die Übergabe für die entrechteten und wirtschaftlich benachteiligten Klassen nutzbar zu machen. Ob und inwieweit die Sozialdemokratie mit diesem Streben Erfolg haben wird, das hängt aber nicht etwa nur von den Entschlüssen der anderen Parteien ab, sondern vor allem von der Mitwirkung des Volkes selbst am politischen Leben. Die Tätigkeit des Parlaments kann nur dann einigermaßen erfolgreich ausfallen, wenn das Volk selbst mit gespanntester Teilnahme die Arbeiten der Gesetzgebung verfolgt, wenn unablässig für Aufklärung und Organisation der Arbeiterklasse Sorge getragen wird, wenn in geeigneten Stunden die Massen mit ihren Forderungen und ihrem Willen auf der Bühne der politischen Kämpfe erscheinen!

Die Arbeitslosigkeit in Großberlin.

Eine Aktion der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. hg. Berlin, 23. November 1913.

Die Frage der Bekämpfung und Milderung der Arbeitslosigkeit bildet den Hauptgegenstand einer von etwa 1000 Delegierten besetzten Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Großberlins. Referent war Reichstagsabgeordneter Volkendührer, der das Problem der Arbeitslosigkeit und die Forderungen, die an das Reich und die Gemeinden zu richten sind, gründlich erörterte.

Am Anschluß an das Referat sprachen sozialdemokratische Gemeindevertreter aus allen Gemeinden Großberlins. Dupont-Berlin: Keinesfalls darf die Unterstützung der politischen Rechte schmälern. Die Gemeinde kann heute einen Unterschied zwischen Organisierten und Nichtorganisierten nicht machen, aber nachweislich zahlen die Unorganisierten weit mehr Steuern. Inwiefern an die Gewerkschaften, die die Armenlasten entlasten, sind insbesondere ebenso beschränkt wie die Subventionen an religiöse und andere private Vereine. Der Redner tadelt die Verzögerung der Arbeitslosenversicherung durch die Stadt Berlin und stellt das Vorgehen für deutsche Städte und der bairischen Regierung, die ihnen eine Unterstützung zur Arbeitslosenversicherung gewährt, als nachahmenswert hin. Richter-Charlottenburg: Unsere Stadt ist eine der reichsten, aber unsere Liberalen wollen von Almosen an die Sozialdemokraten, wie sie die Magistratsvorlage angeht, nichts wissen, obgleich der städtische Fiskus nur 10 000 M. jährlich betragen und die Versicherung so eingeschränkt sein soll, daß sie nur den wenigsten Arbeitern zugute kommen würde. — Grauer-Neukölln: Wir haben auf diesem Gebiet trotz allem Bemühen und trotz dem furchtbaren Elend, besonders der Bauarbeiter, überhaupt noch nichts erreicht. Die Herrschaft Großberlins dient der schlecht finanzierten Gemeinde zum Vordamm. — Thurau-Neukölln, Kubig-Tantow, Küster-Schöneberg, Taubmann-Weihenker, Grauer-Neukölln für die Landgemeinden des Reiches Teltow und Brühl für die Landgemeinden des Reiches Niederbarnim gaben weitere Berichte über ihre lokalen Einrichtungen; insbesondere wurde hervorgehoben, daß der Antrag Neuköllns, Großberlin möge die Arbeitslosenfürsorge übernehmen und die Kosten entsprechend der Steuerverteilung auf die Gemeinden umlegen, zur Verwirklichung verwendet werde. Hierauf wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die wirtschaftliche Krise, verschärft durch die unheimliche Inflation, Abnahme und Kriegstreiberien, hat Hunderttausende Arbeiter der Grundlage ihrer Existenz beraubt. Längere Arbeitslosigkeit ist für die Arbeiterfamilie gleichbedeutend mit Not und Elend. Nicht wenige Arbeiter verfallen während der Arbeitslosigkeit in den Kampf des Lumpenproletariats oder werden auf die Bahn des Verbrechens getrieben. Diesem Uebel entgegenzuwirken, ist eine der dringendsten Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde. Die beste Hilfe für Arbeitslose ist lohnende Arbeit. Die Versammlung fordert daher, daß die Arbeiter, die in nächster Zeit für Reich, Staat und Gemeinde ausgeführt werden müssen, unverzüglich in Angriff genommen werden. Ferner sind die Arbeitslosen, für die Arbeit nicht zu erlangen ist, zu unterstützen. Die Versammlung fordert die Schaffung eines Reichsgesetzes zur Durchführung einer Arbeitslosenversicherung mit voller Selbstverwaltung durch die Versicherten. Die Versammlung fordert ferner, daß die Gemeinden ohne Verzug andere Mittel zur Verfügung stellen, von denen Arbeitslose für die Zeit Unterstützung erhalten, bis eine gesetzliche Regelung durch eine Arbeitslosenversicherung herbeigeführt ist. Diese Unterstützung darf nicht den Charakter der Armenunterstützung mit den rechtlichen Nachteilen tragen.

Hast hunderttausend Arbeitslose in Berlin.

Der Vorwärts bringt in der Nummer vom 23. November eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit in Großberlin. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat an einem Tage zwischen dem 10. und 15. November d. J. eine Stichprobe der Arbeitslosen nach den verschiedenen Bezirken gemacht. Von den der Kommission angeschlossenen 50 Gewerkschaften haben 40 — darunter die größten — Angaben gemacht. Dadurch ist festgestellt, daß von den rund 300 000 Mitgliedern dieser Gewerkschaften derzeit rund 25 000 oder 8,2 Prozent arbeitslos sind. Doch das ist nur ein kleiner Teil der in Groß-Berlin wirklich vorhandenen Arbeitslosen. Die erwähnten 300 000 Gewerkschaftsmitglieder bilden ziemlich genau drei Fünftel aller Beschäftigten. Da die übrigen sieben Fünftel der Groß-Berliner Arbeiterschaft mindestens in gleicher Höhe von der Arbeitslosigkeit betroffen werden wie die Organisierten, so kann man annehmen, daß derzeit annähernd 100 000 Arbeitslose in Groß-Berlin vorhanden sind.

Sohn statt Lohn und Brot.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung kommt in ihrer Ausgabe vom Sonnabend auch auf die Arbeitslosigkeit und auf die verhängte Arbeitslosenunterstützung zu sprechen. Das Regierungsorgan hat für die große Not unzähliger Arbeiterfamilien aber nur Worte des Hohens und Spottes. Das Center-Arbeitslosen-Unterstützungssystem wird von dem Handelsblatt mit einer wegwerfenden Handbewegung abgetan. Es meint: „Eine gewisse Berechtigung ausprechen könnte man den System nur, wenn alle Arbeiter und namentlich die ungelerneten davon profitierten.“ Dann höhnt das Blatt: die Gewerkschaften müßten doch

folgte ich mit ernsterem Gesicht an ihm. Er blickte mich an. Er war ein kleiner, schlanker Mann mit grauem Haar, das er nicht mehr kämmt. Die Haare ordneten sich in einer lockigen Linie. Er war ein Mann, der die Haare ordneten sich in einer lockigen Linie.

Die Haare ordneten sich in einer lockigen Linie. Er war ein Mann, der die Haare ordneten sich in einer lockigen Linie.